eGovernment MONITOR 2012: Nutzung von E-Administration und E-Partizipation in Deutschland gestiegen

E-Government-Nutzung in Deutschland um fünf Prozentpunkte auf 45 Prozent gestiegen
Mangelnde Durchgängigkeit von Angeboten nach wie vor größtes Hemmnis für E-Government-Nutzung
Vier verschiedene Nutzertypen bei E-Partizipation knapp die Hälfte

(ddp direct) Berlin, 18. Juli 2012 ? Der eGovernment MONITOR 2012 zeigt für Deutschland erste Fortschritte beim Ausbau der Akzeptanz von E-Government-Angeboten. Während in den weiteren Ländern wie Schweden 70 Prozent, Österreich 67 Prozent und Großbritannien 45 Prozent die Nutzerzahlen weitgehend stagnieren, ist die E-Government-Nutzung in Deutschland um fünf Prozentpunkte auf 45 Prozent angestiegen. Neu im Ländervergleich sind die Schweiz mit 58 Prozent Nutzung und die USA mit 39 Prozent. Auch 2012 stellt der eGovernment MONITOR, herausgegeben von der Initiative D21 und ipima, einer Kooperation der Technischen Universität München und ihrem An-Institut fortiss, eine mangelnde Durchgängigkeit vieler E-Government-Angebote als Haupthemmnis für eine stärkere E-Government-Nutzung fest.

?Das Wachstum in Deutschland freut uns sehr. Allerdings darf dieses Ergebnis nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit noch nicht einmal die Hälfte der Onliner erreicht und auch das große Potenzial bei den Offlinern noch längst nicht erschlossen ist?, so Dr. Alfred Zapp, Vizepräsident der Initiative D21 und Mitglied der Geschäftsleitung CSC Deutschland Solutions GmbH. ?Wir brauchen mehr Innovationen im E-Government-Bereich, damit Deutschland international zur Spitze aufschließen kann?, ergänzt ihn D21-Präsidiumskollege und Vorstand der IDG Communications Media AG York von Heimburg. Seine zentrale Botschaft an die Entscheider in der Verwaltung lautet deshalb: ?Schafft mehr durchgängig digitalisierte Services zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen! Gerade politische Themen ? das zeigt die neu hinzugekomme Nutzersegmentierung ? bieten dafür ein großes Potenzial. So könnten Politik und Verwaltung echte Bürgernähe demonstrieren und zugleich positive Abstrahleffekte auf die IT-Branche in Deutschland erzeugen.?

Zufriedenheit mit aktuell verfügbaren E-Government-Angeboten
Der eGovernment MONITOR 2012 zeigt, dass derzeit über 60 Prozent der Internetnutzer in den befragten Ländern mit den aktuell verfügbaren E-Government-Angeboten zufrieden sind. Dabei sind vor allem die Internetnutzer in Österreich und der Schweiz mit 79 Prozent bzw. 73 Prozent von den digitalen Diensten überzeugt. Bei den Bürgern der USA zeigt sich dagegen eine gewisse Skepsis, da dort derzeit nur jeder Zweite mit den E-Government-Angeboten zufrieden ist. Ein entscheidender Faktor, der zur Zufriedenheit bei den Bürgern beiträgt, ist die Nutzungserfahrung. Betrachtet man die Zufriedenheit von E-Government-Nutzern und -Nichtnutzern, so zeigt sich folgendes Bild: In Österreich, der Schweiz und Großbritannien geben über 80 Prozent der E-Government-Nutzer an, mit dem aktuellen Angebot durchweg zufrieden zu sein (AT: 90 Prozent, CH: 88 Prozent, UK: 83 Prozent). In Deutschland und Schweden ist mit jeweils 71 Prozent zufriedenen Onlinern ebenfalls die Mehrheit mit den digitalen Behördenangeboten zufrieden.

Nutzertypen E-Partizipation
Neu in der Studie von Initiative D21 und ipima ist die Unterscheidung von vier unterschiedlichen Nutzertypen mit Blick auf die genutzten E-Partizipations-Angebote: Digitale Unbeteiligte, Prädigitale Interessierte, Digitale Beobachter und Digitale Engagierte. Während Digitale Beobachter (31 Prozent) und Digitale Engagierte (15 Prozent) bereits heute in hohem Maße online politischen Interessen nachgehen bzw. sich auch online an politischen Diskursen und Entscheidungen beteiligen, zeigen gerade Prädigitale Interessierte (24 Prozent) noch ein hohes Potenzial, ihre politischen Interessen und Aktivitäten ins Internet zu verlagern. So ist rund jeder Dritte dieser Nutzergruppe politisch interessiert und 16 Prozent dieser Personen waren bereits online politisch aktiv. ?Mit dieser Nutzertypologie für E-Partizipation stehen erstmals die Grundlagen zur Verfügung, um Potenziale von Open Government abzuschätzen, um somit die Angebote besser an den Zielgruppen auszurichten?, so Dr. Petra Wolf, Fachbereichsleiterin am TUM-An-Institut fortiss und Executive Director von ipima. Prof. Dr. Helmut Krcmar, Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsinformatik an der Technischen Universität München und Scientific Director von ipima fordert daher folgerichtig: ?Die bedarfsorientierte Gestaltung von Open Government-Konzepten und deren effektive Verankerung in Politik und Verwaltung ist nicht nur eine wissenschaftliche Aufgabe, sondern ist ein immer wichtigerer Erfolgsfaktor für die Politik zur Einbindung und Partizipation der Bürger.? ?Die Nachfrage nach neuen, nutzerorientierten Open Government- und Mobile Government-Angeboten wird ansteigen?, ist sich Robert A. Wieland, Geschäftsführer TNS Infratest GmbH und Vizepräsident der Initivative D21, sicher. ?Ausschlaggebend sind hierfür insbesondere die Entwicklung des mobilen Internets, neue nutzerfreundliche mobile Endgeräte und fallende Preise für mobiles Breitband.?

Open Government mit starkem Entwicklungspotenzial
Open Government-Angebote erfreuen sich einer stetig wachsenden Bekanntheit und Nutzung. Bereits heute werden Open Data-Portale in der Schweiz von 30 Prozent der Bürger genutzt, in Österreich sind dies 23 Prozent Nutzer und in Deutschland 18 Prozent. Neben Open Data gehören persönliche Kontaktaufnahme und Online-Beteiligung zu den wichtigsten Zukunftsfeldern für die Open Government-Nutzung. 36 Prozent der Deutschen wollen sich zukünftig online an politischen Entscheidungen beteiligen (AT: 40 Prozent, CH: 33 Prozent, SE: 30 Prozent, UK: 27 Prozent, USA: 20 Prozent). Interessanterweise fallen dabei sowohl aktuelle Nutzung als auch zukünftiges Potenzial in den USA - der Wiege von Open Government - im Vergleich zu allen anderen Ländern am geringsten aus.
Cornelia Rogall-Grothe, Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, zu den Ergebnissen des diesjährigen eGovernment MONITOR: ?Für Bund, Länder und Kommunen spielt der Ausbau von E-Government-Angeboten eine zentrale Rolle. Für die Akzeptanz dieser Angebote in der deutschen Bevölkerung ist ausschlaggebend, dass sie nicht nur von zuhause, sondern auch mobil einfach und sicher genutzt werden können.?
Weitere Zahlen und Informationen finden Sie in der Ausgabe des eGovernment MONITOR 2012 unter: www.egovernment-monitor.de

Methodensteckbrief eGovernment MONITOR 2012:
Auswahl Interviews: Durchführung von 1.000 Interviews in Österreich (AT), Schweden (SE) und den USA (USA), 1.001 Interviews in Deutschland (DE) und der Schweiz (CH) sowie 1.002 Interviews in Großbritannien und Nordirland (UK) ? im weiteren Text Großbritannien genannt.
Grundgesamtheit: Personen in Privathaushalten in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Schweden, Großbritannien und den USA im Alter ab 18 Jahren, die das Internet privat nutzen.
Auswahl: Online-Panel; Daten gewichtet nach zentralen Merkmalen (Geschlecht, Alter und formale Bildung)
Repräsentative Erhebung: Ergebnisse auf die Grundgesamtheit übertragbar
Erhebungsmethode: Durchführung als Onlinebefragung (computergestütztes Webinterview (CAWI), KW 21 bis KW 23 2012)
Definition E-Government: Unter E-Government verstehen wir Informationen und Dienste von Behörden und öffentlichen Einrichtungen (Kommune, Stadt, Landkreis, etc.), die über das Internet genutzt werden können, wie z.B. die elektronische Steuererklärung.
Definition Open Government: Open Government steht für die Öffnung von Regierung und öffentlicher Verwaltung gegenüber den Bürgern und der Wirtschaft. Ziel ist mehr Transparenz, mehr politische Teilhabe und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Regierten.

Hinweis an die Redaktion: Einzelseiten aus dem eGovernment MONITOR 2012 können unter Angabe der Seitenzahl an kontakt@initiatived21.de im JPG-Format, 300dpi bestellt werden. Weitere Infor-mationen, Rankings und Charts zu den elektronischen Bürgerdiensten und liegen auf www.egovernment-monitor.de zum Herunterladen bereit.

Shortlink zu dieser Pressemitteilung:

http://shortpr.com/92ozst

Permanentlink zu dieser Pressemitteilung:
http://www.themenportal.
de/politik/egovernment-monitor-2012-nutzung-von-e-administration-und-e-partizipation-in-deutschland-gestiegen-32383

Pressekontakt

Initiative D21 e.V.

Frau Barbara Zimmers
Reinhardtstr. 38
10117 Berlin

barbara.zimmers@initiatived21.de

Firmenkontakt

Initiative D21 e.V.

Frau Barbara Zimmers
Reinhardtstr. 38
10117 Berlin

initiatived21.de
barbara.zimmers@initiatived21.de

=== eGovernment MONITOR 2012 ===

Der eGovernment MONITOR 2012 ist eine Studie von Initiative D21 und ipima, institute for public information management, durchgeführt von TNS Infratest. Die diesjährige Studie haben die Beauftragte der Bundesregierung für IT, der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, IDG Business Media GmbH, das Innenministerium Baden-Württemberg, die Innovationsstiftung Bayerische Kommune, das Rechenzentrum Region Stuttgart GmbH, der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken sowie das Bundeskanzleramt Österreich, CSC Deutschland Solutions GmbH,]init[AG für digitale Kommunikation und der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, fortiss An, Institut der Technischen Universität München, Technische Universität München Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik und TNS Infratest GmbH ermöglicht. Im dritten Jahr seines Erscheinens beleuchtet der eGovernment MONITOR erneut die Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten und verdeutlicht in diesem Jahr Unterschiede bei der Nutzung zwischen Deutschland, Österreich, der Schweiz, Schweden, Großbritannien und den USA.
Ein gedrucktes Exemplar des eGovernment MONITOR 2012: Nutzung und Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten im internationalen Vergleich kann gegen Zusendung eines mit 1,45 Euro fran-kierten und rückadressierten DIN A4 Umschlages an Initiative D21 e.V., Stichwort eGovernment MONITOR 2012, Reinhardtstr. 38, 10117 Berlin kostenlos bestellt werden. Weitere Informationen und kostenfreier PDF-Download des eGovernment MONITOR 2012 unter www.egovernment-monitor.de

=== Initiative D21 ===

Die Initiative D21 ist Deutschlands größte Partnerschaft von Politik und Wirtschaft für die Informationsgesellschaft. Sie umfasst ein parteien- und branchenübergreifendes Netzwerk von 200 Mitgliedsunternehmen und -institutionen sowie politischen Partnern aus Bund, Ländern und Kommunen. Ihr Ziel ist es, die Digitale Gesellschaft mit gemeinnützigen, wegweisenden Projekten zu gestalten und Deutschland in der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreich zu machen. Weitere Informationen unter www.initiatived21.de

=== ipima Institute for Public Information Management ===

Das Institute for Public Information Management ist ein Team aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die an der Technischen Universität München und an fortiss gemeinsam anwendungsnahe Forschung betreiben. Wir verbinden theoriebasierte Grundlagenarbeit mit empirischer Feldforschung bis hin zur praktischen Einführung unserer Konzepte bei unseren Partnern.
Die Ergebnisse unserer Arbeit finden sich angewendet in der Praxis sowie in internationalen Publikationen, praktisch anwendbaren Leitfäden, Lehrbüchern und Studien. Weitere Informationen unter www.ipima.de